

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 05.05.2011

Tagungsort: Freizeitzentrum Baumheide
Rabenhof 76
33609 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 21:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher Bezirksbürgermeister -RM-

CDU

Frau Anja Bartsch
Herr Dr. Guido Elsner (Vors.)
Frau Elke Grünewald -RM-
Herr Jens Hüseemann
Frau Heidemarie Pilchner
Herr Andreas Rüter stellv. Bezirksbürgermeister -RM-

SPD

Herr Reiner Blum
Herr Bernd Diekmann
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger -RM-
Herr Kurt Stuke
Herr Gerhard Wäschebach (Vors.)

Grüne

Herr Tobias Borchers
Frau Marianne Kreye (Vors.)

FDP

Herr Ulrich Kossiek

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Herr Jörg-Rüdiger Schütz CDU-Fraktion

Verwaltung

| | | |
|-------------------|---|-------------------------|
| Herr Berger | Umweltbetrieb | (zu TOP 6) |
| Frau Grewe | Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten | (zu TOP 7) |
| Herr Sag | Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten | (zu TOP 7) |
| Herr Kronshage | Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - | (zu TOP 7) |
| Frau Binder-Kruse | Bauamt | (zu TOP 8. 9, 23 u. 26) |
| Frau Wocken | Bauamt | (zu TOP 8. 9, 23 u. 26) |
| Herr Bentrup | Amt für Verkehr | (zu TOP 13) |
| Herr Daube | Bezirksamt Heepen | |
| Herr Skarabis | Bezirksamt Heepen | |
| Herr Lötzke | Bezirksamt Heepen | Schriftführer |

Externe

| | | |
|---------------------|---|-------------|
| Frau Fuhlrott | Förderverein der Grundschule Heeperholz | (zu TOP 6) |
| Frau Imorde-Holland | Projektkonferenz Baumheide | (zu TOP 7) |
| Herr Lang | moBiel GmbH | (zu TOP 23) |

Öffentliche Sitzung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss gratuliert er Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) im Namen der Bezirksvertretung zum Geburtstag und überreicht aus diesem Anlass ein Blumenpräsent.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Verkehrssituation in der Grundstraße

Herr Frank (Einwohner des Stadtteils Brake und Anwohner der Grundstraße) erläutert die verkehrliche Situation in der Grundstraße aus Sicht der Anwohner. Er nimmt Bezug auf einen Antrag des Vertreters der Partei Die Linke aus dem Jahr 2010 (vgl. BV Heepen - 08.09.2010 - öffentlich - TOP 5.2), in dem die Verwaltung beauftragt werden sollte, zu prüfen, welche verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Grundstraße erforderlich seien, um eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen. Da der Antrag seinerzeit mehrheitlich abgelehnt wurde, fragt er, aus welchen Gründen der angestrebte Prüfauftrag abgelehnt wurde, obwohl allen Bezirksvertretungsmitgliedern die Verkehrssituation und das sich daraus ergebende Gefahrenpotenzial bekannt sei. Die Anwohner der Grundstraße seien sehr verärgert über diese Entscheidung der Bezirksvertretung. Er führt weiter aus, dass das Problem aus Sicht der Anwohner gelöst werden könnte, wenn z. B. ein Durchfahrtsverbot für LKW mit dem Zusatz „Anlieger frei“ angeordnet werde. Die Anwohner würden aber auch jede andere Lösung akzeptieren, die die Situation verbessert. Die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung habe sich in den letzten Jahren verändert. In der Grundstraße leben inzwischen viele Senioren und Familien mit Kindern, die besonders gefährdet seien. Er fragt, warum die verkehrliche Situation nicht erneut überprüft werde. Abschließend überreicht er Bezirksbürgermeister Sternbacher eine Unterschriftenliste, in der sich die Unterzeichner für die Ergreifung entsprechender Maßnahmen aussprechen.

Herr Daube erläutert, dass die Verkehrssituation in der Grundstraße in den letzten Jahren mehrfach überprüft wurde und aufgrund der Prüfergebnisse auch verschiedene Maßnahmen ergriffen wurden. So sei die Geschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt und darüber hinaus - mit dem Ziel die durchfahrenden Fahrzeuge zur Verringerung ihrer Geschwindigkeit zu veranlassen - das versetzte Parken angeordnet worden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher ergänzt, dass die verkehrliche Situation in der Grundstraße in den letzten 10 Jahren häufig in der Bezirksvertretung beraten wurde. Dabei seien verschiedene Maßnahmen erörtert worden, die zum Teil umgesetzt wurden, zum Teil aber auch u. a. aufgrund wirtschaftlicher und funktionaler Zwänge nicht realisiert werden konnten. Die Eingabe der Anwohner werde an die Fachverwaltung weitergeleitet. Nach Prüfung durch die Fachverwaltung werde diese der Bezirksvertretung über das Ergebnis berichten. Sollte sich entsprechender Handlungsbedarf abzeichnen, gehe er davon aus, dass sich die Bezirksvertretung auf der Grundlage entsprechender Anträge der Fraktionen und Parteien erneut mit dem Thema auseinandersetzen werde.

b) Bodendeponie Talbrückenstraße

Herr Prester (Einwohner des Stadtbezirks und Sprecher der „Bürgerinitiative Brake-Grafenheide & Johannisbachau“) fragt, ob in den letzten 2 Monaten über die von der Baustelle Hochschul-Campus angelieferten Bodenmengen hinaus auch von anderen Baustellen Boden angeliefert wurde und um welche Mengen es sich dabei handelte.

Herr Daube führt aus, dass die Frage der Fachverwaltung vorgelegt und das Ergebnis schriftlich der Bezirksvertretung und Herrn Prester mitgeteilt werde.

c) Sanierung der Potsdamer Straße

Herr Schoon (Einwohner des Stadtbezirks Heepen) fragt, wann die Potsdamer Straße saniert und welchen Zeitraum die Sanierung in Anspruch nehmen werde. Weiterhin fragt er, ob beabsichtigt werde, im Zuge der Sanierung der Fahrbahndecke Querungshilfen an den Bushaltestellen anzulegen. Er weist darauf hin, dass dies zumindest im Bereich der Haltestelle „Am Vollbruch“, welche im Bereich einer Kurve liege, notwendig sei und schildert die Situation, die sich ergibt, wenn Fahrzeuge einen an der Haltestelle „Am Vollbruch“ haltenden Bus in Fahrtrichtung Heepen überholen, obwohl die Sicht auf den entgegenkommenden Verkehr an diesem Standort erheblich eingeschränkt sei.

Herr Daube erläutert, dass die Sanierung der Potsdamer Straße von der Bezirksvertretung an erster Stelle priorisiert sei. Die Durchführung der Sanierung werde von der Fachverwaltung unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit der Maßnahme für 2012 in Aussicht gestellt. Die Anregung hinsichtlich der Querungshilfen an den Bushaltestellen werde an die Fachverwaltung weitergeleitet. Er gehe davon aus, dass die Fachverwaltung die Anregung prüfen und, sollte aus fachlicher Sicht entsprechender Bedarf bestehen, im Zuge der Sanierungsmaßnahme umsetzen werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher unterstreicht die Notwendigkeit der Sanierung und betont, dass die Bezirksvertretung weiterhin nachdrücklich die Umsetzung der Maßnahme fördern werde.

d) Deckensanierung in der Hebridenstraße im Stadtteil Milse

Herr Blumenstock (Einwohner des Stadtteils Milse und Sprecher der „Bürgerinitiative L 712 - NICHT SO e.V.“) verweist auf den aus seiner Sicht desolaten Zustand der „unteren“ Hebridenstraße im Stadtteil Milse und fragt, ob bzw. wann die Straße saniert werde.

Herr Daube erläutert, dass der Zustand der Straße bekannt sei. Aufgrund der bekannten finanziellen Abhängigkeiten müsse er jedoch davon ausgehen, dass - über die zur Erhaltung der Verkehrssicherheit erforderlichen Maßnahmen hinaus - in absehbarer Zeit keine grundlegende Sanierung erfolgen könne.

e) *Hundefreilauffläche im Stadtteil Baumheide*

Frau Finke (Einwohnerin des Stadtteils Baumheide) stellt unter Bezugnahme auf die Beratung zur Ausweisung weiterer Hundefreilaufbereiche (vgl. TOP 10) die Frage, ob auch im Stadtteil Baumheide die Ausweisung einer Hundefreilauffläche möglich sei und stellt fest, dass sie dies sehr begrüßen würde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die unter TOP 10 zu beratende Ausweisung weiterer Hundenauslaufbereiche.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 15. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 10.03.2011

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 10.03.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 Anregungen nach § 24 GO NRW: Verkehrssituation im Heeper Ortskern (vgl. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 6)

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme der Straßenverkehrsbehörde zu den von Familie Elmers vorgetragenen Anregungen vom 29.03.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2 Überprüfung der Heeper Ampelanlagen hinsichtlich einer Nachtabschaltung (vgl. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 5.2)

Den Mitteilungen beigefügt ist die Stellungnahme des Amtes für Verkehr zum Beschluss der Bezirksvertretung vom 10.02.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3 LKW-Lenkungskonzept

Den Mitteilungen beigefügt ist der gemeinsame Antrag der der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion im Stadtentwicklungsausschuss Drucksache 2011/2009-2014 sowie ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 22.02.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4 **Radwanderweg „Engel Route“**

Den Mitteilungen beigelegt ist ein Faltblatt zum neuen Radwanderweg „Engel Route“. Das Faltblatt ist für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger im Bezirksamt Heepen (1. Etage, Zimmer 19) erhältlich.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5 **Einladung zur Vernissage**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Einladung zur Vernissage „Doris Bernsdorf: Meine Einsicht in Form & Farbe - Acryl- und Mischtechnik“ am 04.05.2011 um 19:00 Uhr in der Galerie in der Alten Vogtei erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.6 **Eingeschränkte Öffnungszeiten des Kinder- und Jugendhauses Brake der AWO – Bezirk Ostwestfalen-Lippe e.V.**

Herr Daube verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Information des Amtes für Jugend und Familie - Jugendamt - vom 20.04.2011 und erläutert, dass der Träger der Einrichtung und die Fachverwaltung derzeit gemeinsam intensiv nach tragfähigen Lösungen suchen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7 **Veranstaltung „ohne auto mobil 2011“**

Herr Daube verweist auf das zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Schreiben des Amtes für Verkehr vom 27.04.2011. Die Veranstaltung werde auf der Grundlage des Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses vom 16.03.2010 am 25.09.2011 durchgeführt. Wie im Jahr 2009 führe der größte Teil der Route auf Bielefelder Gebiet durch den Stadtbezirk Heepen. Das Amt für Verkehr rufe alle interessierten Vereine und Interessengemeinschaften dazu auf, die Veranstaltung durch entsprechende Aktionen an der Strecke zu unterstützen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 **Städtebauliches Entwicklungskonzept Altenhagen: Öffentliche Unterrichtung und Anhörung der Bürgerinnen und Bürger**

Herr Daube verweist auf das zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Informationsschreiben des Bezirksamtes vom 03.05.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 **Informationsveranstaltungen zu Dichtigkeitsprüfungen**

Herr Daube verweist auf das zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Informationsschreiben des Dezernates Umwelt und Klimaschutz vom 04.05.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 Gefahrenabwehrmaßnahmen im Außenbereich der Grundschule Milse

Herr Daube verweist auf das zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Schreiben des Amtes für Schule vom 04.05.2011 und stellt die geplanten Sicherungsmaßnahmen im Überblick vor. Die Einzäunung des Schulgeländes führe dazu, dass das Schulgelände außerhalb der Schulferien nach 19.00 Uhr, an den Wochenenden und in den Schulferien nicht mehr öffentlich zugänglich sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11 Tiefbaumaßnahmen in der Wiesenstraße

Herr Daube informiert darüber, dass in der Zeit vom 09.05.2011 bis 20.05.2011 in der Wiesenstraße Tiefbauarbeiten durchgeführt werden. Im Zuge der Baumaßnahme ist es erforderlich, die Wiesenstraße in der Zeit vom 11. bis 12.05.2011 im Abschnitt zwischen der Milser Straße und der Straße Großes Holz voll zu sperren. Der Fußgängerverkehr werde aufrechterhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 3.11 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden im Stadtbezirk Heepen Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2378/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der Grüne-Fraktion:

Z. Z. wird untersucht, unter welchen Bedingungen eine Gewerbefläche in Oldentrup als Solarpark rentabel sein könnte. Aus diesem Tatbestand ergibt sich folgende Fragestellung:

Frage:

Wie viele Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden eignen sich im Stadtbezirk Heepen für den Betrieb von Photovoltaik - Anlagen?

Zusatzfrage:

Wie viele Quadratmeter durch Solaranlagen bebaubare Quadratmeter wären dies, und wie viel Megawatt ließe sich so erzeugen?

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) erläutert, dass vorgesehen sei, auf landwirtschaftlich genutzten Flächen im Gewerbegebiet Oldentrup eine entsprechende Anlage zu errichten. Ihres Erachtens sei es grundsätzlich nicht sinnvoll, landwirtschaftliche Flächen entsprechenden Nutzungen zuzuführen, so lange andere Möglichkeiten bestehen. Ziel der Anfrage ihrer Fraktion sei insofern u. a. die Klärung der Frage, ob z. B. Dachflächen öffentlicher Gebäude eine Alternative darstellen können.

Herr Daube erläutert, dass die angesprochenen Flächen im Stadtteil Oldentrup zwar derzeit landwirtschaftlich genutzt werden, dass es sich aber nach den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes um Gewerbeflächen handele. Die Fachverwaltung habe in ihrer Antwort auf die Anfrage mitgeteilt, dass die generelle Eignung aller privaten und kommunalen Dachflächen in Bielefeld auf der Internetseite der Stadt Bielefeld abgefragt werden könne (Internetadresse: http://www.bielefeld01.de/geodaten/welcome_solardach.php). Es sei hier möglich, über die konkrete Adresse eine grobe Prüfung der ausgewählten Dachfläche vorzunehmen. Ausgehend von dieser Basis gebe es im Stadtbezirk Heepen ca. 550 generell geeignete einzelne Dachflächen (nicht Gebäude). Daraus ergebe sich eine mögliche Modulfläche von ca. 28.900 m². Dies entspreche einer Leistung von ca. 4,1 MW, woraus sich theoretisch ca. 3,5 MWh/a (3,5 Mio. kWh/a) erzeugen lassen. Allerdings gebe es nur ca. 20 Gebäude mit großen Dachflächen für PV-Anlagen mit einer Leistung von ca. 30 kW/p und größer. Zur Beurteilung, welche dieser Dachflächen tatsächlich in der Praxis für die Installation einer PV-Anlage geeignet seien, bedürfe es weiterer Untersuchungen bzw. Vorplanungen. Hierzu gehöre die Prüfung des allgemeinen Dachzustandes, die Frage, welche Wege zur Einspeisung in das öffentliche Stromnetz benutzt werden können, die Prüfung weiterer technischer Aspekte und insbesondere die Prüfung, ob die Statik des Gebäudes eine zusätzliche Dachlast zulasse. Die Prüfung führe erfahrungsgemäß zu dem Ergebnis, dass nur ein geringer Teil der grundsätzlich zur Verfügung stehenden Dachflächen tatsächlich für die Installation einer entsprechenden Anlage eigne. Das Hauptproblem sei hier die fehlende ausreichende Tragreserve der Dächer für die, durch die Anlage entstehende Zusatzlast, die bei Flachdächern bis zu 30 kg/m² betragen könne. Da die Prüfung der Eignung aller ggf. in Frage kommender Dächer einen erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwand erfordern würde, könne der Immobilienservicebetrieb nur in konkreten Einzelfällen die Eignung der Dächer feststellen lassen. Eine auf alle kommunalen Dachflächen im Stadtbezirk Heepen bezogene Aussage sei daher z. Z. nicht möglich. Bei anstehenden Dachsanierungen werde die Prüfung jedoch grundsätzlich vorgenommen. Im Stadtbezirk Heepen wurde gerade auf dem Neubau der Mensa des Schulzentrums Heepen eine PV-Anlage installiert. Das Dach der Realschule Heepen wurde ebenfalls überprüft, sei aber nicht geeignet. Das Dach des Gymnasiums werde noch auf seine Eignung untersucht. Weiterhin sei eine weitere PV-Anlage (Leistung: 20,82 kW/p) auf dem Dach der neuen Feuerwache Nord installiert worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Findlinge im Bereich der Bodendeponie Talbrückenstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2402/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

Derzeit sind die Findlinge, die bei der Herstellung der Polder im Bereich der Bodendeponie gefunden wurden, nicht mehr an Ort und Stelle ihrer Zwischenlagerung neben dem Jerrendorfweg.

Ist sichergestellt, dass sie dauerhaft auf diesem Gelände verbleiben?

Herr Daube informiert darüber, dass das Umweltamt mitgeteilt habe, dass die angesprochenen Findlinge Anfang April 2011 an den Nordrand der Deponiefläche umgelagert wurden, damit sie die Herstellung der Außenböschung der Deponie nicht behindern. Die Findlinge werden nach Fertigstellung der Grünflächen im Bereich des auf der Deponie anzulegenden Plateaus als „Findlingsgarten“ abgelegt. Herr Daube führt ergänzend aus, dass ursprünglich vorgesehen war, zumindest einen der im Bereich der Bodendeponie gefundenen Findlinge im Wohnquartier Wefelshof aufzustellen und ihn mit einer an die Geschichte des Wefelshofes erinnernden Tafel zu versehen. Der Heimatverein Brake e.V. habe dieses Vorhaben jedoch aufgegeben, da im Bereich Wefelshof bei den dort durchgeführten Bauarbeiten ebenfalls geeignete Findlinge gefunden wurden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 4.2 *

Zu Punkt 4.3 Schwimmzeiten für Heeper Schulen und Sportvereine während der Sanierung des "Isharas"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2425/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Wann wird die Anfrage vom Januar 2011 (mögliche Fehlzeiten des Schwimmsports aufgrund der Schließung des „Isharas“) vollständig beantwortet?

Herr Daube führt aus, dass die Fachverwaltung in der Sitzung am 13.01.2011 auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke geantwortet hatte, dass Heeper Schulen von der Sanierungsmaßnahme nicht unmittelbar betroffen seien. Auf Nachfrage habe die Fachverwaltung diese Aussage inzwischen nochmals bestätigt und ergänzend mitgeteilt, dass lediglich 4 weitere Schulen aus

anderen Stadtgebieten während der Sanierungsarbeiten im Familienbad Heepen ihren Schwimmunterricht durchführen werden, aber die Schwimmzeiten der Heeper Schulen dadurch nicht beeinträchtigt werden. Dies gelte auch für die angesprochenen Sportvereine. Auch nach der inzwischen unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft Wassersport des Stadtsportbundes vorgenommenen Verteilung der Nutzungszeiten der Sportvereine vom Ishara in andere Bäder seien Heeper Sportvereine nicht unmittelbar betroffen, da ausschließlich freie Wasserkapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Da sich keine neuen Erkenntnisse ergeben hatten, habe die Verwaltung die Anfrage aus Januar 2011 als erledigt angesehen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die im Zusammenhang mit entsprechenden Anfragen entstehenden Sach- und Personalkosten. Er halte es für sinnvoll, bei entsprechenden Fragen den unmittelbaren Kontakt zur Verwaltung zu suchen und nur dann Anfragen zu stellen, wenn diese Vorgehensweise nicht zum Erfolg führe.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass es im Ermessen der Fraktionen und Parteien liege, eine entsprechende Anfrage zu formulieren.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Bebauungsplangebiet "Waagestraße"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2405/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

1. *Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Waagestraße ist im Einmündungsbereich zur Braker Straße eine Gehwegüberfahrt anzulegen.*
2. *Die Waagestraße wird als Tempo 30-Zone ausgewiesen.*

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die im Antrag geforderten Maßnahmen auf eine Bürgerinformationsveranstaltung der SPD im Stadtteil Brake zurückzuführen seien.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass die im Antrag angesprochenen Maßnahmen bereits im Rahmen der Beratung zum Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes „Waagestraße“ für sinnvoll erachtet wurden. Um die Maßnahmen abzusichern, werde die CDU-Fraktion zustimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Waagestraße ist im Einmündungsbereich zur Braker Straße eine Gehwegüberfahrt anzulegen.
2. Die Waagestraße wird als Tempo 30-Zone ausgewiesen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Gestaltungskonzept Bodendeponie Talbrückenstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2406/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird aufgefordert, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung die Gesamtgestaltung (einschließlich Wegekonzept) der Bodendeponiefläche vorzustellen - ggf. zur Beschlussfassung.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass der Bezirksvertretung auf der Grundlage der ursprünglichen Deponieplanung ein Gestaltungskonzept vorgestellt wurde. Vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich zum maximalen Deponievolumen gefassten Beschlüsse gehe er davon aus, dass das Gestaltungskonzept entsprechend überarbeitet wurde bzw. überarbeitet werden müsse. Die SPD-Fraktion sehe daher die Notwendigkeit, dass der Bezirksvertretung das überarbeitete bzw. neue Konzept vorgestellt werde.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Wäschebach vertretenen Auffassung an.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird aufgefordert, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung die Gesamtgestaltung (einschließlich Wegekonzept) der Bodendeponiefläche vorzustellen - ggf. zur Beschlussfassung.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 5.2 *

-.-.-

Zu Punkt 5.3**Mülleimer im Park****Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 2407/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Im Bereich der Parkanlage nördlich der Braker Straße (westlich und nördlich des Wohngebietes Tödtheide) sind Müllbehälter aufzustellen.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) beschreibt die Lage der angesprochenen Grünanlage im Bereich des Wohngebietes Tödtheide und stellt fest, dass diese Grünanlage häufig von Spaziergängern mit Hunden frequentiert werde. Leider sei es den Hundehaltern aufgrund fehlender Müllbehälter nicht möglich, die „Hinterlassenschaften“ ihrer Tiere zu entsorgen. U. a. vor diesem Hintergrund sei es aus ihrer Sicht notwendig, im angesprochenen Bereich Müllbehälter aufzustellen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) erklärt, dass die CDU-Fraktion dem SPD-Antrag zustimmen werde. Es müsse aber auch gewährleistet werden, dass die Müllbehälter regelmäßig geleert werden.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) regt unter Bezugnahme auf die unter TOP 10 zu beratende Beschlussvorlage der Verwaltung zur Ausweisung weiterer Hundefreilaufbereiche an, auch die Frage zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, in der Grünanlage Hundekotbeutelspender aufzustellen, da die Akzeptanz dieser Einrichtungen offenbar hoch sei. Entsprechende Verunreinigungen seien seines Erachtens auf diese Weise zu verringern.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Im Bereich der Parkanlage nördlich der Braker Straße (westlich und nördlich des Wohngebietes Tödtheide) sind Müllbehälter aufzustellen. Eine regelmäßige Leerung ist sicherzustellen. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die Frage zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, im angesprochenen Bereich Hundekotbeutelspender aufzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 5.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5.4 Weiterverfolgung des Durchbaus der Grafenheider Straße und des Baugebietes „Brake-West“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2416/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- 1) *den Bebauungsplan „Brake-West“ in der bislang beschlossenen Form weiterzuverfolgen und der Bezirksvertretung den Aufstellungsbeschluss vorzulegen;*
- 2) *den Durchbau der Grafenheider Straße auf der bisher geplanten Trasse zügig voranzutreiben.*

Falls der Beschlussvorschlag unter 1) keine Mehrheit finden sollte:

- 3) *Für die Flächen nördlich der neuen Trasse neue Nutzungskonzepte zu entwickeln, wie z.B. die Errichtung eines Seniorendorfs mit „Kümmerer/in“ (weitere Informationen zu einem solchen Konzept findet man z.B. unter <http://www.seniorenwohnpark-am-heideweg.de/>)*

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die in der Vergangenheit von der Bezirksvertretung mit breiter Mehrheit beschlossene Entwicklung des Baugebietes „Brake-West“. Leider wurde das Projekt aufgrund einer Koalitionsvereinbarung zugunsten eines durch einen Bebauungsplan abgesicherten Durchbaus der Grafenheider Straße zurückgestellt. Weitere Beschlüsse wurden seither nicht gefasst, so dass die politische Willensbildung nicht abgeschlossen sei. Vor dem Hintergrund des großen finanziellen Verlustes, der mit den im vergangenen Jahr getroffenen Entscheidungen bereits verursacht wurde, müsse die Diskussion nach Auffassung der CDU-Fraktion offen und zügig zu Ende geführt werden. In diesem Sinne sei der vorliegende Antrag der CDU-Fraktion zu verstehen. Es sei dringend notwendig, den Durchbau der Grafenheider Straße auf der neuen Trasse schnellstmöglich zu realisieren. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die bestehenden Abhängigkeiten zur verkehrlichen Belastung des Stadtteils Brake. Die im Eigentum der Stadt Bielefeld stehenden Flächen nördlich der für die Grafenheider Straße vorgesehenen Trasse müssen - insbesondere auch vor dem Hintergrund der bekannt schwierigen wirtschaftlichen Situation der Stadt Bielefeld - unbedingt einer sinnvollen und ggf. innovativen Nutzung zugeführt werden. Seniorengerechtes Wohnen mit Versorgungssicherheit sei hier seines Erachtens eine geeignete Alternative.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die bestehenden politischen Abhängigkeiten. Zudem sei das Baugebiet „Brake-West“ aus Sicht der SPD-Fraktion nicht zwingend erforderlich. Seine Fraktion werde daher Punkt 1) nicht zustimmen. Punkt 2) des Antrages der CDU-Fraktion sei aus Sicht der SPD-Fraktion zustimmungsfähig, da nur bei Durchbau der Grafenheider Straße die von allen Beteiligten angestrebte verkehrliche Entlastung des Braker Ortskerns erreicht werden könne. Leider konnte eine entsprechende Beschlussfassung im Stadtentwicklungsausschuss noch nicht erfolgen, da sei-

tens eines Koalitionspartners offenbar noch Abstimmungsbedarf bestehe. Hinsichtlich des Punktes 3) des Antrages sehe auch die SPD-Fraktion die Notwendigkeit, ein neues Nutzungskonzept zu entwickeln. Aufgrund der fehlenden Infrastruktur (ÖPNV-Anbindung, Einkaufsmöglichkeiten etc.) halte die SPD-Fraktion die Entwicklung seniorengerechter Wohnformen an diesem Standort jedoch nicht für sinnvoll.

Frau Kreye (Grüne-Fraktion) stellt fest, dass ihre Fraktion keinem der Antragspunkte zustimmen könne und verweist auf die in der Vergangenheit zum Baugebiet „Brake-West“ vertretene Position ihrer Fraktion. Darüber hinaus halte auch sie die Option, auf den städtischen Flächen seniorengerechtes Wohnen zu entwickeln, aufgrund des isolierten Standortes für wenig sinnvoll.

Herr Dr. Elsner stellt fest, dass es sich bei dem im Antrag angesprochenen Wohnprojekt nicht um ein Konzept für seniorengerechtes Wohnen im herkömmlichen Sinn handele und verweist auf den im Antragstext angesprochenen Internetauftritt. Dennoch sehe die CDU-Fraktion nicht die zwingende Notwendigkeit, im angesprochenen Bereich eine seniorengerechte Wohnform zu entwickeln. Einer entsprechenden Änderung des Punktes 3) des Beschlussvorschlages könne insofern zugestimmt werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und bittet um die getrennte Abstimmung zu den im Antrag genannten Punkten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan „Brake-West“ in der bislang beschlossenen Form weiterzuverfolgen und der Bezirksvertretung den Aufstellungsbeschluss vorzulegen.**

| | |
|---------------|-----------|
| Dafür: | 7 Stimmen |
| Dagegen: | 9 Stimmen |
| Enthaltungen: | 0 Stimmen |

- mithin abgelehnt -

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Durchbau der Grafenheider Straße auf der bisher geplanten Trasse zügig voranzutreiben.**

| | |
|---------------|------------|
| Dafür: | 14 Stimmen |
| Dagegen: | 2 Stimmen |
| Enthaltungen: | 0 Stimmen |

- mithin beschlossen -

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Fläche nördlich der neuen Trasse der Grafenheider Straße neue Nutzungskonzepte zu entwickeln.

Dafür: 14 Stimmen
 Dagegen: 2 Stimmen
 Enthaltungen: 0 Stimmen

- mithin beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 5.4 *

-.-.-

Zu Punkt 5.5 Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Grundstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2429/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche verkehrsberuhigenden Maßnahmen in der Grundstraße erforderlich sind, um eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen.

Herr Schatschneider (Die Linke) führt aus, dass - obwohl für die Grundstraße ein Tempolimit von 30 km/h gelte - die meisten Autofahrer mit deutlich höherer Geschwindigkeit durch die Grundstraße fahren. Dies gehe so weit, dass die Fahrzeughalter, die sich ordnungsgemäß verhalten, angeblinkt, angehupt oder sogar überholt werden. Er verweise in diesem Zusammenhang auch auf die von den Anwohnern in der Einwohnerfragestunde geschilderten Verkehrsverhältnisse. Da in der Grundstraße sehr viele Senioren und Familien mit kleineren Kindern leben, sei es seines Erachtens dringend erforderlich, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu ergreifen. Über die angesprochenen Aspekte der Verkehrssicherheit hinaus verursachen insbesondere die durch die Grundstraße fahrenden LKW erhebliche Lärmbelastungen. Auch im Hinblick auf den Schutz der Anwohner vor diesen Belastungen bestehe seines Erachtens entsprechender Handlungsbedarf.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) vertritt die Auffassung, dass sich die Situation in der Grundstraße seit der von den Anwohnern im Rahmen der Einwohnerfragestunde angesprochenen Beratung im Jahr 2010 nicht verändert habe. Er habe zwar Verständnis für die von den Anwohnern kritisierte Verkehrssituation, müsse jedoch feststellen, dass die beschriebene Situation im Vergleich zur Situation in vielen anderen Straßen nicht außergewöhnlich sei. Die im Antragstext angesprochenen möglichen Einschränkungen würden seines Erachtens dazu führen, dass die Straße ihre Verkehrsfunktion nicht mehr gerecht werde. Bestimmte Maßnahmen könnten darüber hinaus bei ansässigen Gewerbebetrieben zu Einbußen führen. Seines Erachtens sollte daher verstärkt auf das widerrechtliche Verhalten einzelner Kraftfahrer eingewirkt werden.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) erklärt, dass seitens ihrer Fraktion keine Bedenken gegen einen entsprechenden Prüfauftrag bestehen. Im Übrigen gehe sie davon aus, dass die Prüfung ohnehin aufgrund der in der Einwohnerfragestunde von den Anwohnern vorgetragenen Fragen erfolge.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion in der Vergangenheit bereits häufig die Verkehrssituation in der Grundstraße diskutiert und auch entsprechende Maßnahmen - die leider nur zum Teil umgesetzt wurden - gefordert habe. Auch er gehe davon aus, dass die Verwaltung die Situation vor dem Hintergrund der vorliegenden Einwohnerfragen prüfen werde. Seines Erachtens sollte dabei auch nochmals die Möglichkeit, die Verkehrsteilnehmer durch Fahrbahnmarkierungen zu zwingen, die vorgeschriebene Geschwindigkeit einzuhalten, untersucht werden.

Herr Dr. Elsner stellt fest, dass ein formaler Prüfauftrag bereits konkrete Maßnahmen für die Grundstraße impliziere, ohne dass geprüft werde, ob in der Grundstraße eine Situation vorliege, die von der Situation in anderen Straßen im Stadtbezirk außergewöhnlich abweiche. Seines Erachtens sei eine Verbesserung der Verkehrssituation in der Grundstraße im Übrigen nur durch die Realisierung des Durchbaus der Grafenheider Straße zu erreichen. Leider wurden die hierfür notwendigen Beschlüsse bisher nicht gefasst.

Herr Wäschebach weist darauf hin, dass die Verwaltung aufgefordert werden sollte, der Bezirksvertretung zunächst geeignete Maßnahmen vorzustellen. Die Anordnung entsprechender Maßnahmen könne dann aufgrund entsprechender Beschlüsse der Bezirksvertretung gefordert werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher hält es für erforderlich, dass im Rahmen eines Prüfauftrages zunächst die tatsächliche Verkehrssituation untersucht werde, um festzustellen, ob Handlungsbedarf bestehe. Dies biete u. a. auch die Möglichkeit, die gewonnenen Erkenntnisse zur Beurteilung der Situation in Straßen mit ähnlichen Verkehrsverhältnissen heranzuziehen.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung nur dann konkrete Maßnahmen prüfen sollte, wenn die tatsächliche Situation dies erfordere.

Herr Kossiek (FDP) stellt fest, dass der Bestand bzw. Betrieb der ansässigen Tankstelle nicht gefährdet werden dürfe.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) sieht den Bestand der ansässigen Gewerbebetriebe aufgrund entsprechender verkehrlicher Maßnahmen nicht als gefährdet an, da u. a. bereits heute lediglich eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h zulässig sei.

Herr Wäschebach erklärt, dass er die von Herrn Dr. Elsner vertretene Auffassung insgesamt nachvollziehen könne. Vor diesem Hintergrund sollte die Verwaltung daher zunächst einen Bericht zur verkehrlichen Situation in der Grundstraße vorlegen. Auf der Grundlage des Berichtes könne dann - soweit ein entsprechender Handlungsbedarf erkennbar werde - über konkrete Maßnahmen beraten werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher hält es für angezeigt, dass bestimmte Maßnahmen (z. B. häufigere Geschwindigkeitskontrollen) bereits auf der Grundlage der heutigen Beratung veranlasst werden können.

Frau Kreye vertritt die Auffassung, dass ein entsprechender Beschluss der Bezirksvertretung so formuliert werden sollte, dass die Verwaltung erkennen könne, welche Intention von der Bezirksvertretung verfolgt werde. Sollte dann im Rahmen der Überprüfung der tatsächlichen Situation festgestellt werden, dass akuter Handlungsbedarf bestehe, könne die Verwaltung der Bezirksvertretung bereits geeignete Vorschläge unterbreiten.

Herr Dr. Elsner stellt fest, dass die Verwaltung ihre Aussagen zur tatsächlichen verkehrlichen Situation in der Grundstraße so aufbereiten soll, dass ein Vergleich mit anderen Straßen im Stadtbezirk mit ähnlicher Verkehrssituation möglich werde.

Frau Kreye sieht aus ihrer Sicht die Notwendigkeit, dass in einem entsprechenden Bericht auch Aussagen zu den sich für die Anlieger ergebenden Lärmbelastungen, die sich aus bestehenden Abhängigkeiten zwischen Geschwindigkeit und Anzahl der Fahrzeuge ergeben, getroffen werden sollten. Sollten entsprechende Lärmbelastungen tatsächlich bestehen, erwarte sie, dass die Verwaltung auch Aussagen im Hinblick auf Möglichkeiten zur Lärmreduzierung treffe.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die intensive Diskussion zusammen. Im Anschluss ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssituation in der Grundstraße im Kontext zur Verkehrssituation in anderen in ähnlicher Weise verkehrlich belasteten Straßen im Stadtbezirk und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf in einem entsprechenden Bericht darzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 5.5 *

Zu Punkt 6

Umgestaltungsmaßnahmen im Bereich der Schulaußenanlagen der Grundschule Heeperholz durch den Förderverein der Schule.

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2357/2009-2014

Herr Berger (Umweltbetrieb) erläutert die Planung im Rahmen einer Folienpräsentation im Überblick.

Frau Fuhlrott (Schulförderverein der Grundschule Heeperholz) führt aus, dass die jetzt vorliegende Planung gemeinsam mit allen am Schulleben beteiligten Akteuren (Schülerinnen und Schüler, Eltern, Kollegium etc.) in enger Abstimmung mit den zuständigen Fachdienststellen der Stadt Bielefeld erarbeitet wurde. Im Anschluss stellt sie - ausgehend vom Ist-Zustand - die konzeptionellen Überlegungen der Beteiligten und die geplante Umsetzung der Gesamtmaßnahme in Teilabschnitten im Detail vor. Sie geht dabei besonders auf die Aufteilung und Funktion der vorgesehenen Bereiche und die bei der Umsetzung der Maßnahme zu berücksichtigenden finanziellen und zeitlichen Abhängigkeiten ein.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) begrüßt das vorgestellte Projekt und dankt den beteiligten Akteuren für ihr aus seiner Sicht vorbildliches Engagement. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass das auf einen langen Zeitraum bezogene Projekt erfolgreich zu Ende geführt werden könne und sagt den Beteiligten seine Unterstützung zu.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich dem von Herrn Stuke zum Ausdruck gebrachten Dank ausdrücklich an. Das vorgestellte Projekt sei ein außergewöhnliches Beispiel für das Engagement der am Schulleben beteiligten Akteure. Im Hinblick auf die im Zuge der Umsetzung des Gesamtprojektes seines Erachtens noch zu erwartenden organisatorischen und finanziellen Abhängigkeiten bittet er die Beteiligten bei Bedarf das Gespräch mit der Bezirksvertretung zu suchen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bewertet das Projekt positiv und bittet die Verwaltung, die Schule bei der Realisierung der noch umzusetzenden Teilschritte mit aller Kraft zu unterstützen.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) schließt sich der positiven Bewertung des Projektes an und fragt, ob im Hinblick auf den zu erwartenden langen Umsetzungszeitraum und die damit verbundenen Folgekosten gewährleistet sei, dass die Maßnahme auch von künftigen Elterngenerationen zu Ende geführt werden könne. Darüber hinaus fragt er, wie die Anlagen vor Vandalismus geschützt werden.

Herr Berger führt aus, dass das Schulgelände der Grundschule Heeperholz durch eine Einzäunung vor Vandalismusschäden geschützt sei. Es sei vorgesehen, die Planung in Teilabschnitten zu realisieren. Dies biete die Möglichkeit, den Einsatz der notwendigen finanziellen Ressourcen entsprechend zu planen. Die Frage der Unterhaltung und der damit verbundenen Folgekosten werde, wie bei allen Maßnahmen dieser Art üblich, über einen zwischen der Stadt Bielefeld und dem Förderverein zu schließenden Vertrag geregelt.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass im Rahmen ähnlicher Projekte im Hinblick auf die Frage der Unterhaltung und Folgekosten bisher keine negativen Entwicklungen erkennbar wurden.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Dem Umgestaltungskonzept des Fördervereins der Grundschule Heeperholz vom Februar 2011 wird zugestimmt. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgt in Teilschritten. Vor der Bauausführung wird die konkretisierte Planung der einzelnen Bauabschnitte der Bezirksvertretung Heepen zur Beschlussfassung vorgelegt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7**Zuzug und Integration irakischer Flüchtlinge im Stadtteil Baumheide**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die seit geraumer Zeit zur Zuwanderungssituation in der Stadt Bielefeld und die in diesem Kontext - bezogen auf den im Stadtteil Baumheide zu beobachtenden verstärkten Zuzug irakischer Flüchtlinge - geführte Diskussion. Seines Erachtens sei es im Hinblick auf eine Lösung der sich aus der angesprochenen Situation ergebenden Probleme erforderlich, die weitere Vorgehensweise auf der Grundlage fundierter fachlicher Informationen abzustimmen. Nur so werde es seines Erachtens möglich, die u. U. zu erwartenden Probleme frühzeitig zu erkennen und ein ganzheitliches zukunftsorientiertes Konzept zur nachhaltigen Lösung der Probleme zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund habe er alle beteiligten Fachdienststellen der Stadt Bielefeld und übrigen Akteure gebeten, der Bezirksvertretung die Zuwanderungssituation in der Stadt Bielefeld unter Berücksichtigung der sich daraus für den Stadtteil Baumheide ergebenden Abhängigkeiten zu erläutern.

Herr Sag (Amt für Integration und Interkulturelle Angelegenheiten) erläutert die Zuwanderungssituation in Bielefeld. Er führt aus, dass seit 2008 verstärkt Menschen mit irakischer Staatsangehörigkeit als Asylsuchende bzw. als bereits anerkannte Flüchtlinge, die zuvor in anderen Orten Deutschlands gelebt haben oder auch im Rahmen des Familiennachzuges, nach Bielefeld kommen. Es handele sich dabei um Kurdinnen und Kurden jezidischen Glaubens, die hier aufgrund der früheren Ansiedlung von Jezidinnen und Jeziden aus der Osttürkei Gemeinden und Netzwerke vorfinden. Hinzu komme als weiterer Zuzugsgrund, dass in Bielefeld bzw. im Umland Bielefelds Würdenträger dieser bedrohten und dezimierten ethnischen Gruppe leben. Bei den Jeziden handele es sich um Menschen kurdischer Volkszugehörigkeit, die überwiegend in der Türkei, dem Irak, dem Iran, Syrien oder in Ländern der ehemaligen Sowjetunion leben. Sie sprechen einen gemeinsamen kurdischen Dialekt bzw. im Falle der irakischen Jeziden auch arabisch. Die Mehrzahl der Neuzuwanderinnen bzw. Neuzuwanderer komme aus ländlichen Regionen des Nordiraks. Sie seien daher geprägt von den politischen Ereignissen der vergangenen Jahre und der ihnen gegenüber aufgrund ihrer Ethnie und Volkszugehörigkeit ausgeübten Verfolgung und Gewalt. Die angesprochene Gruppe - es handelt sich überwiegend um junge

und kinderreiche Familien - komme aus Krisen- und Kriegsgebieten und habe zum Teil in Verfolgung, Angst und Unsicherheit gelebt. Dies habe häufig entsprechende Traumata zur Folge. Aus der Schule ihrer Heimatländer haben die Kinder - wenn diese überhaupt eine Schule besucht haben - selten positive Erfahrungen bzw. unterbrochene Schullaufbahnen. Die Ausreise in ein Land ohne Krieg sei für die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien eine Chance für ein menschenwürdiges, geregeltes und friedvolles Leben. Die Einreise in ein unbekanntes Land, dessen Sprache sie nicht beherrschen, dessen Kultur und Mentalität sie nicht kennen, sei für sie allerdings auch eine besondere Herausforderung, die ihnen ohne intensive Begleitung und Unterstützung kaum gelingen könne. Hier bedürfe es Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, die Fähigkeit zu erlangen, die eigene Zukunft selbständig gestalten zu können. Im Gegensatz zu Flüchtlingsgruppen, die in der Vergangenheit in die Stadt kamen und deren Aufenthaltsperspektive oft viele Jahre völlig unsicher war, sei die rechtliche Situation der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus dem Irak eindeutig. Sie erhalten innerhalb kurzer Zeit bzw. verfügen bereits über ein Aufenthaltsrecht in Deutschland. Es handele sich hier um Menschen, die voraussichtlich dauerhaft in Deutschland leben werden.

Frau Grewe (Amt für Integration und Interkulturelle Angelegenheiten) erläutert die sich für den Stadtteil Baumheide aus dem Zuzugsverhalten ergebenden Abhängigkeiten (Zuwanderungsanteil, Wohnraumsituation, Versorgung mit Kita-Plätzen, Schulsituation etc.) im Kontext zur Gesamtstadt. Sie führt u. a. aus, dass der Bevölkerungsanteil der unter 3-jährigen im Stadtteil Baumheide ca. 90 % betrage und insofern in dieser Altersgruppe rd. 30 % höher sei, als in der Gesamtstadt. In der Altersgruppe der 6- bis unter 15-jährigen ergebe sich im Hinblick auf den Anteil der Menschen mit Zuwanderungshintergrund ein ähnlich hoher Unterschied. Bezogen auf den Anteil der Zuwanderer irakischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung sei jedoch anzumerken, dass dieser im Stadtbezirk Mitte deutlich höher als im Stadtteil Baumheide sei. Dennoch ergebe sich auch im Stadtteil Baumheide aufgrund des hohen Anteils von Kindern aus Familien irakischer Zuwanderer im Kita-Bereich und im schulischen Bereich entsprechender Handlungsbedarf. Im schulischen Bereich sei darauf hinzuweisen, dass die Zahl der jezidischen Kinder, die als „Seiteneinsteiger“ in das Schulsystem zu integrieren seien, inzwischen so groß sei, dass das bisherige System der sogenannten „Auffang- und Förderklassen“ seit fast 2 Jahren die Kapazitätsgrenzen überschritten habe und die Schulaufsicht und die RAA dazu übergehen müssen, die Kinder auch in Regelklassen an anderen Schulen unterzubringen. Unter integrativen Aspekten habe sich dieses Verfahren aber vielfach sogar als förderlicher erwiesen als die Aufnahme in speziellen Auffang- und Förderklassen. Im Kita-Bereich ergebe sich aufgrund des Bevölkerungsanteils der Menschen mit Zuwanderungshintergrund der Altersgruppen der unter 3-jährigen und 3- bis unter 6-jährigen im Stadtteil Baumheide eine besondere Situation. Die Kita Seidenstickerstraße müsse insgesamt 26 Kinder aus irakischen Zuwandererfamilien aufnehmen und benötige daher entsprechende Unterstützung.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fragt, wie die Stadt Bielefeld auf diese Situation reagiere.

Herr Kronshage (Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -) stellt fest, dass es die Aufgabe des Jugendamtes sei, eine ausreichende Anzahl an Kita-Plätzen im Bereich der Stadt Bielefeld sicherzustellen. Bezogen auf die Bevölkerungsgruppe mit Zuwanderungshintergrund sei dies schwierig, da aufgrund fehlender verlässlicher Angaben die Entwicklung und damit der Bedarf an entsprechen-

den Plätzen nur schwer zu ermitteln sei. Im Stadtteil Baumheide sei die Versorgungssituation zwar besser als im Stadtteil Jöllenbeck, dennoch liege sie an der Kapazitätsgrenze. Während die Versorgung im laufenden Kindergartenjahr gewährleistet sei, werde sich für das nächste Jahr eine Warteliste ergeben. Die Verwaltung hoffe, dass sich die Situation nach der Erweiterung der Einrichtung „Robert-Bracksiek-Straße“ verbessern werde. Darüber hinaus sei geplant, in Baumheide eine weitere Kita-Gruppe mit 20 Plätzen einzurichten. Über entsprechende Räumlichkeiten werde derzeit mit möglichen Vermietern verhandelt. Die Möglichkeit, die Kinder aus der angesprochenen Bevölkerungsgruppe über vorhandene freie Plätze in anderen Kitas in Bielefeld zu versorgen, ergebe sich aus fachlicher Sicht nicht, da die Eltern dieser Kinder kaum in der Lage seien, die sich aus der Unterbringung in einer anderen städtischen Einrichtung ergebenden Herausforderungen (Sprache, Ortskenntnisse etc.) zu bewältigen.

Frau Imorde-Holland (Projektkonferenz Baumheide und Leiterin des FZZ Baumheide) bestätigt die auf den Stadtteil Baumheide bezogenen Ausführungen. Insbesondere sei es notwendig, den Einsatz von Dolmetscherinnen und Dolmetschern zu intensivieren, um die Arbeit der Beratungsstelle (Sozialberatung, Erziehungsberatung etc.) zielorientiert zu unterstützen. Da viele Menschen mit Zuwanderungshintergrund aus Kriegs- oder anderen Krisengebieten kommen, seien sie häufig traumatisiert. Hier ergebe sich insofern die Notwendigkeit, den auf dieser Ebene bestehenden Handlungsbedarf zu ermitteln. Leider fehlen hierzu die finanziellen Möglichkeiten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher zieht hieraus die Schlussfolgerung, dass es offenbar notwendig sei, die personelle Ausstattung entsprechend zu verbessern.

Frau Imorde-Holland bestätigt dies und verweist darauf, dass nicht nur die Kinder unterstützt werden müssen, sondern auch seitens der Eltern erheblicher Unterstützungsbedarf bestehe.

Frau Grewe sieht die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Förderung. In Teilbereichen wurden hierfür vorgesehene finanzielle Mittel jedoch gestrichen. Die Stadt Bielefeld versuche dennoch, dem besonderen Handlungsbedarf Rechnung zu tragen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die Bezirksvertretung die Problemlagen erkannt habe und im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen werde, die Situation zu verbessern.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) begrüßt, dass die notwendigen Informationen bereits in einem frühen Stadium zur Verfügung gestellt wurden. Dies ermögliche eine frühzeitige Reaktion. Die Bezirksvertretung habe zwar keine Entscheidungskompetenz, könne aber an die zuständigen Gremien und die Verwaltung appellieren, der Situation durch geeignete Maßnahmen Rechnung zu tragen. Er rege an, einen entsprechenden Appell, der die von der Projektkonferenz formulierten Bedarfe beinhaltet, zu formulieren. Darüber hinaus sollte die Verwaltung jährlich zur Situation berichten.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) unterstützt die von Herrn Wäschebach vertretene Auffassung. Sie fragt darüber hinaus, ob alle oder nur wenige Kinder aus jehudischen Familien eine Kita besuchen und wie die Eltern dazu motiviert werden können, ihre Kinder im Kindergarten anzumelden.

Frau Grewe stellt fest, dass diese Frage im Rahmen der Beratungsgespräche besonders und offenbar auch erfolgreich thematisiert werde.

Herr Sag bestätigt, dass das Kita-Angebot meist angenommen wurde und verweist darauf, dass die Stadt Bielefeld seines Erachtens insgesamt über ein gutes soziales Netz verfüge.

Herr Kronshage stellt fest, dass die Sozialberatung entscheidend dazu beitrage, dass die meisten Kinder aus den irakischen Zuwandererfamilien in einer Kita angemeldet wurden. Ein verpflichtender Kita-Besuch sei jedoch nicht möglich.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) schließt sich der von Herrn Wäschebach vertretenen Auffassung an. Seines Erachtens sollten darüber hinaus die bisher gesammelten Erfahrungen so aufbereitet werden, dass sie ggf. auch an anderen so genannten „sozialen Brennpunkten“ zur Verbesserung der Situation herangezogen werden können. Der Projektkonferenz Baumheide danke er für ihr Engagement.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Aufgrund des verstärkten Zuzugs irakischer Flüchtlinge im Stadtteil Baumheide ergeben sich aus Sicht der Bezirksvertretung Heepen in Hinblick auf die Integration dieser Zuwanderinnen und Zuwanderer in vielen Lebensbereichen (Kindergarten, Schule, abgestimmtes Beratungsangebot etc.) im Stadtteil besonderen Herausforderungen. U. a. erkennt die Bezirksvertretung in folgenden Bereichen besonderen Handlungsbedarf:

- **Verbesserte personelle Ausstattung im Bereich Sozialbetreuung und ergänzender Erziehungsberatung (muttersprachlich) in Kooperation mit der Beratungsstelle Baumheide.**
- **Sprachliche und schulische Förderung durch Ergänzungskräfte im Unterricht der Wellbachschule und der Baumheideschule, mit dem Ziel der Stärkung sprachlicher und sozialer Kompetenzen. Zusätzlich feste Sprechzeiten für einen erwachsenen Dolmetscher für die kurdische und arabische Sprache für beide Schulen, um Gespräche mit Kindern und Jugendlichen in der Anfangszeit sowie Elterngespräche kontinuierlich möglich zu machen.**
- **Kinder und Jugendliche, die unter posttraumatischen Belastungsstörungen in Folge massiver Gewalterfahrungen leiden, benötigen psychologische Betreuung unter Mitarbeit von Dolmetschern. Für eine diagnostische Bestandsaufnahme an der Baumheideschule, in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld, werden Gelder für Dolmetscherkosten von der Gemeinschaftsstiftung Baumheide-Heepen zur Verfügung gestellt. Für das Projekt bedarf es weiterer Unterstützung.**
- **Kindergartenplätze für Kinder und Sprachförderung für Kinder in den Kindertagesstätten und Familienzentren.**

- **Zusätzliche Sprachkurse für Frauen mit Kinderbetreuung.**
- **Soziale und emotionale Förderung durch verstärkte Elternarbeit, soziale Gruppenarbeit, Heranführung an hiesige Lebenssituationen und Stärkung der sozialen Kompetenzen.**

Die Bezirksvertretung appelliert an die zuständigen Gremien und die Verwaltung, der besonderen Situation im Stadtteil Baumheide durch geeignete kontinuierliche Maßnahmen im Bereich der genannten Handlungsfelder Rechnung zu tragen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/ O12 "Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der A 2" für das Gebiet nordwestlich der Straße Zu den Teichen, östlich des Ostrings und westlich der Ludwig-Erhard-Allee
- Stadtbezirk Heepen -

Aufstellungsbeschluss 4. Änderung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2335/2009-2014

Frau Binder-Kruse (Bauamt) erläutert die Planung im Überblick.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf die vorgesehene Verlegung des Grünzugweges und fragt, ob der künftige Verlauf bereits konkret festgelegt wurde.

Frau Binder-Kruse erläutert, dass sich der künftige Verlauf des Grünzugweges an den Plangebietsgrenzen orientieren werde. Dies führe nur zu geringfügigen Veränderungen seines Verlaufes.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) stellt fest, dass zwei Drittel der vorhandenen Grünfläche künftig wegfallen. Darüber hinaus fragt sie unter Hinweis auf die bereits angesprochene Verlegung des Weges, ob sichergestellt sei, dass der Grünzugweg in seinem neuen Verlauf wieder hergestellt werde.

Frau Binder-Kruse führt aus, dass die Verwaltung diese Frage bis zum Satzungsbeschluss in einem städtebaulichen Vertrag rechtlich absichern werde.

Frau Kreye bedauert die Teilaufgabe der Grünfläche. Ihre Fraktion werde dennoch dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Der Bebauungsplan Nr. III / O 12 „Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der der A 2“ für das Gebiet nordwestlich der Straße Zu den Teichen, östlich des Ostrings und westlich der Ludwig-Erhard-Allee ist gemäß § 13a BauGB zu ändern (4. Änderung). Für die genaue Abgrenzung ist die im Abgrenzungsplan eingetragene „Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.
2. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. III / O 12 „Dingerdisser Straße - Neue Gewerbegebiete entlang der der A 2“ soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a BauGB darauf hinzuweisen, dass die Änderung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt und wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung informieren kann und bis wann Äußerungen hierzu möglich sind.
4. Der Flächennutzungsplan ist gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung anzupassen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 9

Teil-Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. III/ A 3 (Gewerbegebiet Altenhagener Straße) im Stadtteil Altenhagen
- Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2331/2009-2014

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Für die Teil-Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. III/A 3 (Gewerbegebiet Altenhagener Straße) ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in dieser Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10

Ausweisung weiterer Hundeauslaufbereiche und 2. Änderungsverordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bielefeld vom 27.06.2008 in der Fassung vom 19.12.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1965/2009-2014

Herr Daube führt aus, dass die Verwaltungsvorlage das Ziel verfolge, einen Interessenausgleich zwischen Hundebesitzern und Erholungssuchenden in Bielefelder Grünanlagen zu schaffen, um so die bekannten Konflikte zwischen Hundebesitzern und Nichthundebesitzern zu entschärfen. Darüber hinaus werde das Ziel verfolgt, Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zu schaffen. Im Anschluss erläutert Herr Daube die derzeit in Hinblick auf Anleinverpflichtung und Freilauf von Hundehaltern zu berücksichtigenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Weiterhin informiert er über Anzahl und Lage der sogenannten natürlichen Hundefreilaufbereiche im Stadtbezirk Heepen und die sich in Bezug auf diese Flächen - bezogen auf die Anleinpflcht - bestehenden Abhängigkeiten. Er führt aus, dass vorgesehen sei, zukünftig weitere städtische Flächen als Hundeauslaufbereiche auszuweisen. Bei den in der Beschlussvorlage ausgewiesenen 5 Flächen handele es sich um städtische Flächen im innerstädtischen Bereich. Auf dem Gebiet des Stadtbezirks Heepen werde zunächst keine zusätzliche Fläche ausgewiesen. Abschließend weist er darauf hin, dass die vorgesehene Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung erforderlich werde, da die hier enthaltenen rechtlichen Regelungen noch aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Landehundegesetzes stammen. Die Ordnungsbehördliche Verordnung sehe derzeit vor, dass Hunde in Anlagen so zu führen seien, dass sie nicht auf Rasen- und Spielflächen laufen können. Bei entsprechenden Anlagen im Sinne der Ordnungsbehördlichen Verordnung handele es sich dabei um allgemein zugängliche Fläche, also auch natürliche und ausgewiesene Hundeauslaufbereiche. Damit verschärfe die Ordnungsbehördliche Verordnung die Rechtslage zu Lasten von Hundehaltern mit freilaufenden Hunden bzw. befinde sich sogar im Widerspruch mit dem Hundegesetz. Aus diesem Grund schlage die Verwaltung vor, die Regelung auf Kinderspielplätze und Spielflächen zu begrenzen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) kritisiert die vorgesehene Neuregelung, da sie seines Erachtens die Interessen der Nichthundehalter nicht ausreichend berücksichtige. Offenbar werde mit der Neuregelung in erster Linie das Ziel verfolgt, die im Bereich der Promenade zu beobachtenden Konflikte einzugrenzen. Die bisherige Regelung sei klar und eindeutig. Darüber hinaus trage sie dem Sicherheitsempfinden der Nichthundehalter Rechnung. Die beabsichtigte Neuregelung sei eher unübersichtlich. Obwohl er die Interessen der Hundehalter nachvollziehen könne, werde er persönlich gegen die Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung stimmen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) hält es für erforderlich, die Regelungen der Ordnungsbehördlichen Verordnung der aktuellen Rechtslage anzupassen. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei es jedoch notwendig, die Neuregelungen so eindeutig und klar zu formulieren, dass jeder Hundehalter bzw. Nichthundehalter die Regelung eindeutig nachvollziehen könne. Dies sei seines Erachtens noch nicht der Fall. Vor diesem Hintergrund halte er es für sinnvoll, ergänzend die bereits vorhandene Broschüre entsprechend zu überarbeiten. Darüber hinaus bitte er die Verwaltung - bezogen auf den Stadtbezirk Heepen - zu prüfen, inwieweit hier weitere Flächen als Hundefreilaufbereich ausgewiesen werden können. U. a. gilt dies für eine eingezäunte ehemalige Deponiefläche, nördlich des Kinder- und Jugendhauses der AWO, im Sieben-Teiche-Grünzug.

Herr Schatschneider (Die Linke) stellt fest, dass es in Bielefeld lediglich 2 Freilaufflächen für ca. 10.000 Hunde gebe, während es vor Inkrafttreten des Landeshundegesetzes immerhin ca. 20 offizielle Freilaufflächen gab. Auch er spreche sich dafür aus, die von Herrn Wäschebach angesprochene Fläche entsprechend auszuweisen. Er rege darüber hinaus an, grundsätzlich pro Stadtteil mindestens eine Freilauffläche auszuweisen. Auf den Stadtbezirk Heepen bezogen, wären es 7 Freilaufflächen.

Herr Dr. Elsner bekräftigt nochmals seine zu Beginn der Beratung vertretene Auffassung. Unabhängig davon bewerte er die geplante Aufstellung von Hundekotbeutelspendern positiv. Dies gelte auch für die unter Punkt 1 des Beschlussvorschlages vorgesehene Ausweisung der in der Vorlage genannten Flächen als Hundefreilaufbereiche. Der Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung werde er jedoch aus den bereits genannten Gründen nicht zustimmen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher sieht die Notwendigkeit, eine klare und eindeutige rechtliche Grundlage, an der sich alle Beteiligten orientieren können, zu schaffen.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) stellt fest, dass er es für erforderlich halte, die Hundefreilaufbereiche einzuzäunen, da seines Erachtens nur so die bekannten Konflikte zwischen Nichthundehaltern und Hundehaltern zu vermeiden seien.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die intensive Diskussion zusammen und bittet sodann, zunächst über Punkt 1 des Beschlussvorschlages abzustimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt zu beschließen, die Flächen B und C entsprechend auszuweisen. Darüber hinaus bittet die Bezirksvertretung die Verwaltung, zu prüfen, ob die in der Beratung angesprochene Fläche im Sieben-Teiche-Grünzug im Stadtteil Brake als Hundefreilaufbereich ausgewiesen werden kann.

- einstimmig beschlossen -

Im Anschluss bittet Bezirksbürgermeister Sternbacher um Abstimmung zu Punkt 2 der Vorlage.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Bezirksvertretung Heepen empfiehlt, die als Anlage beigefügte 2. Änderungsverordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bielefeld vom 27.06.2008 in der Fassung vom 19.12.2008 (OBVO) zu beschließen.

Dafür: 12 Stimmen
Dagegen: 2 Stimmen
Enthaltungen: 2 Stimmen

- mithin beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11

Sachstandsbericht über die Sanierung von Schulaußenanlagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2168/2009-2014

Herr Daube erläutert den wiederkehrenden Sachstandsbericht der Verwaltung im Überblick.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 11 *

Zu Punkt 12**Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2011- 2012**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2242/2009-2014

Herr Daube erläutert die Informationsvorlage der Verwaltung im Überblick und geht dabei besonders auf die im Stadtbezirk Heepen vorgesehenen Baumaßnahmen und die im Hinblick auf die Realisierung der Maßnahmen bestehenden finanziellen Abhängigkeiten ein.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die unter der lfd. Nr. 110 genannte Deckensanierungsmaßnahme (Braker Straße zwischen Grundstraße und Wefelshof) und fragt, ob in der Maßnahme auch die Anlage des Kreisverkehrsplatzes im Einmündungsbereich der Stedefreunder Straße enthalten sei.

Herr Daube bestätigt dies nach derzeitigem Kenntnisstand unter Bezugnahme auf die auch in der Beschlussvorlage der Verwaltung zur Festlegung der Prioritäten der Tiefbaumaßnahme 2012 und später für den Stadtbezirk Heepen (vgl. TOP 15) aufgeführte Maßnahme.

Herr Blum (SPD-Fraktion) kritisiert die seines Erachtens unsystematische Aufbereitung der in Anlage 3 zur Informationsvorlage der Verwaltung dargestellten Maßnahmen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 12 *

Zu Punkt 13**Werbekonzept der Firma DSM Ströer GmbH für öffentliche und im Eigentum der Stadt Bielefeld stehende Flächen;****Änderung von Werbeträgern und neue Werbestandorte**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2314/2009-2014

Herr Bentrup (Amt für Verkehr) erläutert die Vorlage im Überblick. Er geht dabei besonders auf die wirtschaftlichen Abhängigkeiten ein und stellt fest, dass das neue Werbekonzept der Stadt Bielefeld ermögliche, die Einnahmen aus der Vermietung von Werbeanlagen auf städtischen Flächen deutlich zu erhöhen. Darüber hinaus biete das neue Konzept auch im Kontext zu dem bereits in der Bezirksvertretung Heepen beratenen Konzept zur Werbung an Fahrgastunterständen erhebliche Verbesserungen des Erscheinungsbildes von Werbung im öffentlichen Raum. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die hochwertige Gestaltung der Werbeanlagen im Stadtbild, das einheitliche niveauvolle Design der Werbeanlagen und die weiteren in der Vorlage genannten Vorteile für die Stadt Bielefeld. Abschließend stellt Herr Bentrup fest, dass - unabhängig von

den in der Vorlage genannten Standorten - für jeden Einzelstandort eine bauordnungsrechtliche Prüfung erfolgen müsse, bevor die entsprechende Werbeanlage installiert werde.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass die SPD-Fraktion dem Konzept inhaltlich zustimme, kritisiert jedoch nachdrücklich die außerordentlich schlechte optische Aufbereitung der Beschlussvorlage.

Herr Bentrup erläutert vor dem Hintergrund der von Herrn Wäschebach geäußerten Kritik die verschiedenen Typen der im Konzept vorgesehenen Werbeanlagen im Detail.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) beurteilt das vorgestellte Konzept - auch im Kontext zu der bereits beratenen Werbung an Fahrgastunterständen - grundsätzlich positiv, obwohl nicht alle vorgesehenen Standorte und Typen den Vorstellungen der CDU-Fraktion entsprechen.

Herr Borchers (Grüne-Fraktion) stellt fest, dass verschiedene Typen der vorgestellten Anlagen nachts beleuchtet werden und sieht die Notwendigkeit, bei beleuchteten Anlagen zu gewährleisten, dass diese sich nicht negativ auf die im Umfeld einer solchen Werbeanlage lebenden Bürgerinnen und Bürger auswirken, da auch eine Beleuchtungsquelle z. B. die Nachtruhe stören könne.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Bezirksvertretung beschließt die vorgeschlagenen Änderungen der Werbeanlagen und die neuen Standorte für Werbeanlagen im Stadtbezirk entsprechend der als Anlage beigefügten Aufstellung.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 13 *

Zu Punkt 14

Tempo 30-Zone in der Mehlstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Beschluss zur Anordnung einer Tempo 30-Zone in der Mehlstraße in der Sitzung der Bezirksvertretung am 10.02.2011 (vgl. BV Heepen - 10.02.2011 - TOP 5.9 - Drucksache 2025/2009-2014) und die mit den Sitzungsunterlagen zur heutigen Sitzung übersandte Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 23.03.2011.

Herr Daube erläutert die vom Amt für Verkehr vorgeschlagenen Alternativen im Überblick und bittet die Bezirksvertretung zur räumlichen Festlegung der Tempo 30-Zone einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion werden die Vor- und Nachteile der von der Straßenverkehrsbehörde vorgeschlagenen Alternativen abgewogen. Im Ergebnis spricht sich die Bezirksvertretung für eine Regelung aus, die für die gesamte Mehlstraße unter Berücksichtigung der vorhandenen Geschwindigkeitsbegrenzungen (Brückenbereich, Bereich vor dem Kindergarten) eine entsprechende Tempobegrenzung vorsieht.

Herr Daube verweist hinsichtlich der zeitlichen Umsetzung der Maßnahme auf die bestehenden haushaltsrechtlichen Abhängigkeiten und stellt fest, dass unabhängig von der Beschlussfassung eine Umsetzung erst nach Beendigung des Nothaushaltrechtes erfolgen könne.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, unter Berücksichtigung der bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzungen (Brückenbereich, Bereich vor dem Kindergarten) eine Regelung zu treffen, die die Geschwindigkeit im Bereich der gesamten Mehlstraße auf maximal 30 km/h begrenzt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 14 *

Zu Punkt 15

Festlegung der Prioritäten der Tiefbaumaßnahmen 2012 und später für den Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2262/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beratung in der Arbeitsgruppe *Tiefbau/Verkehr/Planung* der Bezirksvertretung unter Beteiligung aller Fraktionen und Parteien.

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Arbeitsgruppe Tiefbau/Verkehr/Planung der Bezirksvertretung Heepen hat am 02.03.2011 über die Festlegung der Prioritäten für Tiefbaumaßnahmen 2012 und später beraten. Die Arbeitsgruppe schlägt der Bezirksvertretung auf der Grundlage der Beratung folgende Reihenfolge vor:

Vorbemerkungen:

- a) Werden in einer Straße Arbeiten am Kanalnetz bzw. an den Versorgungsleitungen durchgeführt und wird hierdurch die vorhandene Straßenbefestigung zerstört, so kann die Straßenwiederherstellung (Endausbau) unabhängig von der beschlossenen Priorisierung erfolgen.
- b) Eine Maßnahme kann vorgezogen werden, wenn die höher priorisierten Maßnahmen nicht durchgeführt werden können.

In jedem entsprechenden Einzelfall wird die Bezirksvertretung vorab beteiligt (in der Regel auf der Grundlage einer Beschlussvorlage der Verwaltung).

I. Kanalbau

| Maßnahme: | <u>Voraussichtliche Ausführung:</u> |
|---|-------------------------------------|
| Brake West Engersche Straße zwischen Jölle u. Haus-Nr. 311 (äußere Erschließung I) - Schmutz- u. Regenwasserkanal - | n. n. |
| Brake West Grafenheider Straße Querung einschl. Regenrückhaltebecken (äußere Erschließung II) - Schmutz- u. Regenwasserkanal - | n. n. |
| Brake West Bebauungsplangebiet III/Br 27 (innere Erschließung) Zwischen Grafenheider Straße u. Engersche Straße - Schmutz- u. Regenwasserkanal - | n. n. |
| Engersche Straße - Druckrohrleitung - | n. n. |
| Brake Süd / Friedhof - Regenklärbecken - | n. n. |
| Stromstraße / Grafenheider Straße (Querung des Firmengeländes Kaufeld) - Schmutz- u. Regenwasserkanal - | n. n. |
| Strandweg und Maagshöhe - Schmutz- u. Regenwasserkanal - | n. n. |

Aufgrund der bestehenden Abhängigkeiten zu langfristigen Planungen erfolgt im Bereich der genannten Kanalbaumaßnahmen keine Priorisierung.

II. Straßenbau

1. Niewaldstraße zw. Kusenweg und Haus-Nr. 37/40
2. Nedefeld zw. Lämmkenstatt u. Krabbenstraße
3. Wefelshof zw. Hackemackweg u. Braker Straße

Ohne Priorisierung (in alphabetischer Reihenfolge):

Auf der Brinkhufe

Bechterdisser Straße (zw. Kreisverkehr Ludwig-Erhard-Allee u. Autobahnbrücke)

Bornholmstraße zw. Glückstädter Straße u. Lohrenkamp

Borriesstraße

Braker Straße (Teilstück Sackgasse bei Hs.- Nr. 176/180)

Brockeiche

Bushaltstellen

Dengelstraße Gehweganlage zw. Kafkastraße u. ausgebautem Teil

Donauschwabenstraße zw. Heidenheimer Straße/Heilbronner Straße u.

Geislinger Straße

Engadinstraße (Restausbau)

Fohlenwiese

Heeper Straße zw. Vogteistraße u. Muerfeldstraße (Alter Postweg)

Heilbronner Straße

Hirseweg

Huchtstraße

Husumer Straße (in mehreren Teilabschnitten)

Kanzelstraße

Kreisverkehr Oldentruper Straße / Hillegosser Straße / Bechterdisser Straße

Kornkamp

Lohrenkamp zw. Bornholmstraße u. Braker Straße

Ludwig-Steil-Straße (Teilstück)

Martin-Luther-Straße

Meckauer Straße

Memmertweg zw. Braker Straße u. Wangeroogeweg

Polderweg

Rapsweg

Römerstraße

Rombergstraße

Rommeestraße zw. Am Flottgraben u. Wasserwerkstraße

Rote Erde

Rückertstraße

Schelpmilser Weg zw. Eckendorfer Straße u. Vogteistraße

Schelpmilser Weg zw. Heidenheimer Straße u. Heidenheimer Straße

Schwanenweg

Siekstraße

Tannenstraße

Tümmelerweg

Verbindungsstraße zw. Eckendorfer Straße u. Herforder Straße

(Am Wellbach - neu -, Lage: westlich der Straße Am Wellbach)

Werkstraße / Im Alten Krüge

III. Deckenerneuerung

1. a) Potsdamer Str. zw. Friedrich-Hagemann-Straße u. Odenwaldstraße
einschl. Theodor-Heuss-Straße (abschnittsweise Gesamtumbau)
- b) Braker Straße zw. Grundstraße u. Wefelshof (einschließlich Kreisverkehr
Braker Straße / Stedefreunder Straße)
2. Kusenweg a.) zw. Windwehe u. Bröninghauser Straße
b.) zw. OD Grenze u. A 2 Brücke (einschl. Radwege)

Ohne Priorisierung (in alphabetischer Reihenfolge):

Braker Straße zwischen Wefelshof und Ende Ortsdurchfahrt
 Bröninghauser Straße zw. Kusenweg u. Kafkastraße
 Düningshof
 Glückstädter Straße zw. Bornholmstraße u. Am Bohnenkamp
 Huttelweg
 Jölleweg
 Meerbruchstraße (120 m Länge)
 Sollingstraße
 Vinner Straße - K 6 - a) zw. Brücke A2 u. Kafkastraße
 b) zw. Kafkastraße u. Kusenweg

IV. Rad- und Gehwege

Projekt „Bürgerradweg“

Die Gemeinde Leopoldshöhe hatte im Jahr 2009 den Bau eines Radweges entlang der Landstraße L 968 – Eckendorfer Straße (Abschnitt Leopoldshöhe-Schuckenbaum bis zur Ortsgrenze Bielefeld) für das Landesprogramm „Bürgerradwege“ angemeldet. Ein Teilabschnitt der Maßnahme wurde inzwischen unter Inanspruchnahme entsprechender Fördergelder fertig gestellt. Nach Realisierung des verbleibenden Abschnittes auf Leopoldshöher Gebiet, ist zur Anbindung an das Bielefelder Radwegenetz der Bau eines ca. 350 m langen Radwegeabschnittes entlang der Salzufler Straße (Abschnitt „Runkelkrug“ bis „Windwehe“) erforderlich.

Die Bezirksvertretung Heepen spricht sich - unabhängig von der Priorisierung der nachfolgend genannten Maßnahmen - für den „Lückenschluss“ aus. Die Verwaltung wird unter Hinweis auf den Beschluss der Bezirksvertretung Heepen vom 18.11.2010 (vgl. BV Heepen - 18.11.2010 - öffentlich - TOP 8 - Drucks. 1655/2009-2014) beauftragt, die notwendigen Rahmenbedingungen (u. a. die konkrete Planung) für die Realisierung des „Lückenschlusses“ zu schaffen.

- Maßnahmen der Stadt Bielefeld -

1. Kusenweg zw. Niewaldstraße und Ortsgrenze
(vgl. III Deckenerneuerung, 2., b)
2. Heilbronner Straße

- Maßnahmen des Landesbetriebes Straßen NRW (freie Strecke) -

1. Braker Straße (Helgolandstraße in Richtung Westen bis vorh. Geh-/Radweg)
2. Herforder Straße (von Braker Straße stadtauswärts / rechte Seite)

**V. Bushaltestellen, Fahrgastunterstände und Querungshilfen
- nachrichtlich -**

Die Verwaltung hatte in der Beschlussvorlage *Gesamtstädtische Prioritätenliste zum Ausbau von niederflurgerechten Bushaltestellen, zur Aufstellung von weiteren Buswartehallen und zum Bau von Querungshilfen in den Jahren 2006 und 2007* u. a. verschiedene Maßnahmen im Stadtbezirk Heepen zur Priorisierung vorgeschlagen.

Auf dieser Grundlage hatte die Bezirksvertretung Heepen in ihrer Sitzung am 10.11.2005 für den Stadtbezirk entsprechende bezirksbezogene Prioritäten festgelegt (vgl. BV Heepen - 10.11.2005 - öffentlich - TOP 12).

Der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss hatte die bezirksbezogene Priorisierung in seiner Sitzung am 13.12.2005 im Rahmen der Beschlussfassung über die *Gesamtstädtische Prioritätenliste zum Ausbau von niederflurgerechten Bushaltestellen, zur Aufstellung von weiteren Buswartehallen und zum Bau von Querungshilfen in den Jahren 2006 und 2007* bestätigt (vgl. UStA - 13.12.2005 - öffentlich - TOP 13 - Drucksachen 2009/1735, 1735 N1 u. 1735 N2).

Folgende der im Rahmen der vorgenannten Beschlussfassung entsprechend priorisierten Maßnahmen wurden bisher nicht umgesetzt:

- Handlungsfeld **Bushaltestellen** (FR = Fahrtrichtung)

Am Dreierfeld (FR Heepen)
Am Vollbruch (FR Heepen)

Beide Bushaltestellen werden im Zuge der an erster Stelle priorisierten Deckenerneuerung der Potsdamer Straße (vgl. III. Deckenerneuerungen Ziff. 1. a) niederflurgerecht ausgebaut. Eine Priorisierung weiterer Standorte erfolgt zunächst nicht.

- Handlungsfeld **Fahrgastunterstände**

Nach einer gemeinsamen europaweiten Ausschreibung der Stadt Bielefeld und der moBiel GmbH zur Vergabe einer Dienstleistungskonzession für ein exklusives Werberecht an Wartehallen der moBiel GmbH und auf öffentlichen und im Eigentum der Stadt Bielefeld stehenden Flächen wurde das exklusive (alleinige) Werberecht der Firma Ströer übertragen.

Durch den zwischen der moBiel GmbH und der Firma Ströer geschlossenen Vertrag wird das alleinige Recht zur Werbung an ÖPNV Fahrgastunterständen (an Bus- und Stadtbahnhaltestellen im Straßenraum), Schutzdächern (auf Hochbahnsteigen) sowie an den Stadtinformationsanlagen (im Stadtgebiet) auf

den Auftragnehmer übertragen. Ferner verpflichtet sich der Auftragnehmer durch den Vertrag, neue ÖPNV-Fahrgastunterstände in Bielefeld aufzustellen und zu betreiben. Darüber hinaus umfasst der Vertrag die Wartung und Instandhaltung sowie Reinigung der Anlagen.

Der zwischen der moBiel GmbH und der Firma Ströer geschlossene Vertrag umfasst u. a. den Ersatz der derzeit bestehenden Fahrgastunterstände in einem Zeitrahmen von 15 Jahren und die Aufstellung von zusätzlich 60 Fahrgastunterständen an neuen Standorten in den nächsten 3 Jahren. Die genauen Zeitpunkte und Orte werden in Abstimmung zwischen der Firma Ströer, der moBiel GmbH und der Stadt Bielefeld festgelegt.

Die Bezirksvertretung Heepen hatte dem von der Verwaltung aufgezeigten neuen Verfahren zur Aufstellung von insgesamt 60 neuen Fahrgastunterständen in den kommenden 3 Jahren mit der Ergänzung, dass nach Erreichung der Höchstzahl die verbleibenden Standorte unter gesamtstädtischen Aspekten neu zu priorisieren sind, zugestimmt (vgl. BV Heepen – 10.03.2011 – öffentlich – TOP 10 – Drucksache 2181/2009-2014). Auf dieser Grundlage können voraussichtlich folgende Standorte im Stadtbezirk Heepen realisiert werden:

Umsetzung 2011 (FR = Fahrtrichtung)

AWO-Haus (Glückstädter Straße - FR Lämmkenstatt)
 AWO-Haus (Glückstädter Straße - FR Braker Straße)
 Spannbrink (Potsdamer Straße - FR Heepen)
 Spannbrink (Potsdamer Straße - FR Oldentruper Straße)
 Langeoogweg (Braker Straße – FR Schildesche)
 Hagenkamp (Rabenhof – FR Baumheide)
 Heeperholz (Heeperholz – FR Potsdamer Straße)

Umsetzung 2012

Brake, Friedhof (Grafenheider Straße – FR Braker Straße)
 Ludwig-Erhard-Allee (Ludwig-Erhard-Allee – FR Innenstadt)
 Halhof (Talbrückenstraße – FR Schildesche)
 Halhof (Talbrückenstraße – FR Herforder Straße)

Umsetzung 2013

Moenkamp (Milser Straße – FR Milse)
 Moenkamp (Milser Straße – FR Altenhagener Straße)
 Brake, Friedhof (Fehmarnstraße – FR Schildesche)
 Plöner Straße (Potsdamer Straße – FR Fr.-Hagemann-Straße)

Folgende Standorte wurden von der Bezirksvertretung Heepen priorisiert, können jedoch aus fachlicher Sicht u. a. aufgrund nicht vorhandener Flächen im städtischen Eigentum z. Zt. nicht realisiert werden:

Altenhagen, Siedlung (Altenhagener Straße – FR Heepen)
 Schwedenklei (Kusenweg – FR Innenstadt)
 Speckenheide (Fr.-Hagemann-Straße – FR Innenstadt)

- Handlungsfeld **Querungshilfen**

Priorität 1

K 7 Potsdamer Straße/Odenwaldstraße

Priorität 2 (bisher Priorität 3)

Glückstädter Straße / Talsenke

L 804 Braker Straße/Lohrenkamp

Priorität 3 (bisher ohne Priorität)

Glückstädter Straße/Braker Straße

Braker Straße/Kerksiekweg

Glückstädter Straße/Husumer Straße

I. Straßenbeleuchtung

| Priorität | Straßenabschnitt | Schätzkosten | Folgekosten | Leuchtentyp | Anliegerbeiträge | Bemerkungen |
|-----------|---|--------------|-------------|-------------------------------|------------------|---|
| 1 | Kusenweg zw. Niewaldstr. u. Stadtgrenze | 65.000 € | 5.800 € | Freileitungsleuchten | nein | Freileitungsleuchten (für den Brückenbereich muss noch eine Lösung erarbeitet werden) |
| 2 | Ladestr. von Grafenheider Str. bis Brinkholz | 12.600 € | 1.100 € | Pilzleuchten / Kofferleuchten | | zusätzlich Kabel |
| 3 | Grünzugweg zw. Wefelshof u. Glückstädter Str. | 30.000 € | 2.700 € | Pilzleuchten | nein | zusätzlich Kabel |
| 4 | Rad- Gehweg Herforder Str. zw. Braker- u. Grafenheider Str. | 39.000 € | 3.500 € | Kofferleuchten | nein | Industria-Leuchten, zusätzlich Kabel |
| 5 | Rombergstraße | 11.500 € | 1.100 € | Pilzleuchten | ja | zusätzliches Kabel |
| 6 | Glückstädter Str. ab Grünzugweg bis Am Bohnenkamp | 44.000 € | 4.000 € | Kofferleuchten | ja | zusätzlich Kabel |
| 7 | Weg zw. Rote Erde / Bentruperheider Weg u. Hillegosser Straße | 45.000 € | 4.000 € | Kofferleuchten | nein | zusätzlich Kabel (Die Straße Am Ölteich ist Privatstraße und wird daher nicht beleuchtet) |
| 8 | Fußweg am Schelpmüser Weg zw. Siedlerweg u. Wiesenstr. | 30.000 € | 2.700 € | Freileitungsleuchten | nein | Freileitung und Holzmasten, alternativ: Kofferleuchten u. zusätzlich Kabel 75.000 € |
| 9 | Polderweg | 20.000 € | 1.800 € | Pilzleuchten | ja | Grunderwerb noch erforderlich, 140 m Kabel vorhanden, Privatfläche |

Anmerkung:

Die genannten Maßnahmen können frühestens nach Beendigung des Nothaushaltsrechtes in Abhängigkeit zur Höhe der dann zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel umgesetzt werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 15 *

Zu Punkt 16**Kulturelle Veranstaltungen 2011 im Stadtbezirk Heepen**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2320/2009-2014

Frau Grünwald (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass das Parkfest „Hallo Nachbarn“ im Stadtteil Oldentrup nicht am 25. und 26.06., sondern am 18. und 19.06.2011 statt finde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung beschließt, im Stadtbezirk Heepen im Jahr 2011 / 2012 folgende Veranstaltungen durchzuführen / zu fördern:

Veranstaltungen des Stadtbezirkes

- 975 Jahre Heepen Auftaktveranstaltung 18.06.2011
Abschlussveranstaltung 11.09.2011
- Beteiligung an der „Geniale“ mit Angeboten in Heepen 26.08.2011 - 03.09.2011
- 33. Heeper Ting 02.09.2011 - 04.09.2011
- Trödelmarkt 03.09.2011 - 04.09.2011

Veranstaltungen in den Stadtteilen**Brake**

- Brake kulturell

Baumheide

- Puppentheater Baumheide 06.12.2011

Milse

- Milser Treff 02.07.2011 - 03.07.2011

Altenhagen

- Weihnachtsmarkt 27.11.2011

Oldentrup

- Parkfest „Hallo Nachbarn“ 18.06.2011 - 19.06.2011

Ausstellungen

Galerie in der Alten Vogtei

► ausgewählter Trauort für Eheschließungen
Konzept des Standesamtes: Heiraten im besonderen Ambiente

- Klaus Boekhoff 08.02.2012 - 23.03.2012
Fotorealistische Malerei
- Renate Sandvoß 28.03.2012 - 04.05.2012
Pastellmalerei
- Anja-Alexandra Kaufhold 09.05.2012 - 29.06.2012
„Werke 2002 – 05“ - Acrylmalerei
- Elke Eickhoff 04.07.2012 - 19.10.2012
Ölmalerei
- Marianne Karow 24.10.2012 - 30.11.2012
Acrylmalerei
- Angelika Hölscher 05.12.2012 - 01.02.2013
Drucke, Holzschnitte, Radierungen, Malerei

Galerie in der Alten Vogtei - nachrichtlich (bereits beschlossen)

- Manfred Uthoff 02.02.2011 - 18.03.2011
Aquarelle
- Arzu Canpolat 23.03.2011 - 29.04.2011
„Unterwasserwelt“ - Malerei und Montagetechnik
- Doris Bernsdorf 04.05.2011- 01.07.2011
Acrylmalerei
- Kristin Bachmann 06.07.2011 - 14.10.2011
„Spielende Kinder“ - Ölmalerei
- Mamiko Takayanagi 19.10.2011 - 02.12.2011
Malerei
- Marion Arens 07.12.2011 – 03.02.2012
„Freud und Leid und andere Delikatessen“
Öl- und Acrylmalerei

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 16 *

Zu Punkt 17 **Vorstellung der Produktgruppen des Haushalts 2010/2011 – Ziele und Kennzahlen; hier: Produktgruppe 11.01.82 Stadtbezirksmanagement Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2334/2009-2014

Herr Skarabis erläutert die Informationsvorlage der Verwaltung im Überblick und erläutert Verständnisfragen der Bezirksvertretungsmitglieder.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 17 *

-.-.-

Zu Punkt 18 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen – Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zur Sitzung liegen keine entsprechenden Punkte vor.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 05.05.2011 - öffentlich - TOP 18 *

-.-.-

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Herbert Lötze
Schriftführer